



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Sturz der Mittelmächte

Nowak, Karl Friedrich

München, 1921

Parlamentarisierung

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84190](#)

PARLAMENTARISIERUNG

Nowak, Sturz der Mittelmächte 21

Der Notenwechsel der deutschen Regierung mit den Vereinigten Staaten von Amerika hatte eingesetzt mit Bitte und Rückfrage. Bevor Präsident Wilson mit seinen Verbündeten über die Gewährung eines Waffenstillstandes sprechen wollte, hatte er zu wissen gewünscht, für wen die deutsche Regierung selbst spreche. Unverzüglich hatte der Reichskanzler Prinz Max von Baden geantwortet:

„Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“

Eigentlich hätten die Arbeiten der Waffenstillstands-kommission nun beginnen müssen. Aber plötzlich zögerte Präsident Wilson. Da er in seiner Botschaft der „14 Punkte“ für die Selbständigkeit aller Völker kämpfte, mochte es begreiflich sein, daß er es bei den schwebenden Verhand-lungen auch mit mündigem deutschen Volke zu tun haben wollte. Aber eben der Tatsache, daß die Mündigkeit des deutschen Volkes ihn zum Sprecher mache, hatte der Reichskanzler den Präsidenten versichert. Dennoch hatte der Präsident die Reihe der Fragen fortgesetzt. Es konnte beinahe scheinen, als biege Wilson von der Grundlage ein wenig ab, die er selbst für den Frieden der Welt aufge-

stellte hatte. Einmal war von ihm auch in einer seiner Reden vor dem Kongreß bekräftigt worden:

„Wir haben kein Unrecht gegen das deutsche Reich, keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten vor“ — —

Aber nunmehr enthielt, nachdem ihm die selbständige Verhandlungsfähigkeit des deutschen Volkes verbrieft worden war, seine Antwort plötzlich ein paar Sätze, deren Inhalt, im Ausdruck unklar, noch irgend anderes suchte oder irgend anderes anzugreifen schien. General Hoffmann war gerade heraus: er bezeichnete dem Staatssekretär Solf als die „Willkür und Macht“, die der Präsident noch vor dem Waffenstillstand vernichtet oder „zu tatsächlicher Machtlosigkeit herabgedrückt“ sehen wollte, den Kaiser — —

Der Kanzler selbst schwieg. Zwar depeschierte der kaiserliche Gesandte Lancken am 17. Oktober aus Brüssel an das Auswärtige Amt:

„Am 10. Oktober meldete ich auf Grund der Aussagen eines wichtigen Vertrauensmannes, daß Wilson auf unsere als zustimmend erwartete Antwort in einer Weise replizieren würde, die einen Willen erkennen ließe, er werde den Frieden nicht mit einem Autokratismus unterzeichnen. Seine weitere Taktik werde dahin gehen, die Abdankung Seiner Majestät und den Thronverzicht des Kronprinzen herbeizuführen.

Gestern, nach Bekanntwerden der Wilson-Antwort vom 15., sagt mir dieselbe Persönlichkeit: Sie sehen, daß ich Sie richtig informierte, ich kann Ihnen sagen, daß die beiden Hauptpunkte (Beseitigung der Willkürherrschaft, Sicherstellung der Ueberlegenheit der alliierten Armeen), ohne deren Erfüllung der Präsident keinen Waffenstillstand zuläßt, folgenden Sinn haben:

1. Vorheriger Thronverzicht Seiner Majestät des Kaisers

und des Kronprinzen. Vielleicht wäre dann Regentschaft durch den für den Zivildienst ausgebildeten Bruder des Kronprinzen möglich. Lassen Sie sich nicht erst schrittweise dazu drängen“ — —

Aber der Kanzler schwieg. Vorsichtig hatte er in einer Kabinettsitzung am 6. Oktober jedes Kabinettsmitglied nach der wahrscheinlichen Haltung der Fraktionen befragt, wenn das Problem der kaiserlichen Abdankung je auftauchen sollte. Damals hatte der Staatssekretär Solf, wie auch der Staatssekretär Graf Rödern die Aufwerfung des Problems für unwahrscheinlich erachtet. Der sozialistische Staatssekretär Scheidemann hatte erklärt, daß er die Abdankungsfrage höchstens in einem ganzen Komplex von inneren Fragen erwarten könne: auf alle Fälle sei sie eine „interne deutsche Angelegenheit“. Aber noch schien es dem Prinzen nicht an der Zeit, einem Zwang von außen nachzugeben und über solchen Zwang im Kabinett zu sprechen. Die Aufrollung der ganzen Frage war heikel und schwierig zugleich. Sie schwebte dunkel, noch nirgend konkret geworden, im Untergrund von Volk und Zeit. Nur das eigene Volk, nur die innere Situation konnte nach des Kanzlers Auffassung hier Entscheidung fordern und herbeiführen. Auch war Prinz Max selbst ein deutscher Fürst. Aussöhnung zwischen Kaiser und Volk wünschte er im Innersten. Konstitutionelle Monarchie schaltete für ihn den demokratischen Gedanken nicht aus. Die deutsche Volksfreiheit, die Macht des Volkes brauchte in Zukunft durch sie keine zeitfeindliche Beschränkung kennen. Wahrscheinlich war, daß Wilson den Kaiser meinte. Auch die Brüsseler Depesche bestätigte den Eindruck. Holländische Berichte bezeichneten um die Oktobermitte die kaiserliche Abdankung als „nicht nötig“. Ausgemacht war noch nicht, was Wilson in Wahrheit begehrte. Aber der Versuch, sich aus Anlaß des Waffenstillstandes über

die verkündeten Friedensbotschaften hinaus in lediglich deutsche Angelegenheiten einzumischen, konnte jedenfalls abgeleitet werden. Prinz Max war dafür, ihn energisch zurückzuweisen. Den Ton seiner Noten wollte er durch die Stärke oder Schwäche der Front nicht bestimmen lassen. Die skeptisch aufgenommenen Gutachten des Ersten Generalquartiermeisters schwankten. Gegen die Anhörung noch anderer Generale sträubte er sich. Freilich hätte der Kanzler die Verabschiedung des Generalquartiermeisters fordern können. Aber die Wirkung auf das Heer konnte in bedrohter Stunde auch wieder gefährlich sein. Der Kanzler mußte lavieren. Zwischen seinen eigenen Ueberzeugungen und der verhüllten Forderung des Präsidenten. Zwischen ihrer Abwehr, da sie ihm unbillig schien, und einer vorsichtigen Tonart, die ihm die Unmöglichkeit, die wahren Verhältnisse auf den Schlachtfeldern ganz zu erkennen, für seine Noten aufzwang. Rücksicht mußte er auch auf die Stimmungen im Reiche nehmen. Auf sie vor allem. Viele gab es, die Wilsons Sprache so gleich verstanden und ihr vielleicht beipflichteten. Viele gab es, die schon das Anrühren des Themas verletzte. Spruchreif war nichts. Problemhaftes schien angeklungen. Vielleicht irrte man sich auch. Noch schwieg der Kanzler im Kabinett.

Aber das Handeln wollte er darum doch nicht vergessen. Möglich, daß Wilsons Absichten oder Plänen noch vorgebaut werden konnte. Er mißtraute dem Präsidenten. So schritt er weiter auf dem Wege, die Volksmacht sichtbar auszustalten. Uebrigens blieb, da die Waffenstillstandsbitte einmal gestellt und das Verhandeln begonnen war, kein anderer Weg. Dem Reichstage ging die Vorlage zu, den Artikel 11 der Verfassung abzuändern; das Recht, über Krieg und Frieden zu bestimmen, sollte allein dem Volke zugesprochen werden. Die „Willkür und Macht, die für

sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann“, war ausgeschaltet. Die dritte deutsche Note, vom 20. Oktober, betonte den Absatz:

„Die neue Regierung ist in völliger Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertreter erforderlich ist.“

Eigentlich mußte sich Präsident Wilson nunmehr ganz zufrieden geben.

Aber der Kanzler arbeitete noch weiter. Vor der Volksregierung wollte der Kaiser selbst bekräftigen, daß es ihm feierlich und ernst war mit dem Wandel der Staatsform. Prinz Max bat die neuen Staatssekretäre am 21. Oktober nach dem Schloß Bellevue, um sie dem Kaiser vorzustellen. Im Auftrage des Kaisers hatte der Chef des Zivilkabinetts Delbrück eine ebenso warme, wie überzeugende Rede gearbeitet, die vom Reichskanzler eingesehen worden war. Zweimal hatte Kaiser Wilhelm im Kriege die gleichen Männer schon vor sich gesehen, da man die Reichstagsabgeordneten um ihn versammelt hatte. Kaiser Wilhelm verstand, wenn er zu Vorbereitung Gelegenheit hatte, aufs beste zu wirken. Er hatte das eine Mal Nacht und Vormittag über Notizen, Einzelheiten und Fragen gesessen, die man ihm aus der

Reichskanzlei — Persönliches und Sachliches — für jeden Abgeordneten bereitgelegt hatte. Die Abgeordneten alle zeigten sich damals, ohne daß die Partei ihrem Empfinden Unterschiede aufgenötigt hätte, enthusiastisiert von der Frische, der Auffassung, der Orientiertheit, entzückt vom persönlichen Reiz der Unterhaltung. Das andere Mal hatte der Kaiser sie alle kalt gelassen. Es schien, daß er sie abstieß. Sie kannten das Merkwürdige nicht, daß Kaiser Wilhelm — von seinen Absichten und den Geboten abgesehen, die er seine Ethik nannte — in seinem Temperamente nach außen wie in einem unbequemen Kleide steckte, auf dessen Wirkung und Glanz er fast angstvoll immer achten zu müssen glaubte. Daß er sich unbehaglich in diesem Kleide fühlte, das seine Würde und die drängenden Verfechter überhöhter Majestät — noch kaiserlicher als der Kaiser — ihm jahrzehntelang aufgeredet und eingeredet hatten, indes er wesentlich lieber ohne Purpur mit Großkaufleuten und Rhedern sich unterhielt. Daß der Zwang zu großen Wirkungen ihn im Grunde beengte und seine Unsicherheit noch steigerte, so daß sie schließlich eben die Starrheit und das unantastbare Gottesgnadentum wurde, die rings die ganze Welt als sein Wesen zu kennen glaubte. Sie wußten nicht, daß Wesen und Schein unter manchen Schwächen also auch hier auseinandergingen, wie fast bei allen Dingen, bei jeder Erscheinung in Oeffentlichkeit, Leben und Krieg. Um nicht zu klein zu erscheinen, reckte der mittelgroße Fürst in Cäsarenhaltung sich gewaltsam zur Größe empor, die er als Rolle spielte. Fehlte die Vorbereitung, so mühte er sich nur um eines: die Unsicherheit zu verbergen. Das Ergebnis war ausstrahlende Kälte. Aber in Schloß Bellevue war die Vorbereitung gut gewesen. Wieder war der Eindruck stark. Erwärmt fühlten sich selbst die sozialistischen Staatssekretäre. Die Weitergabe der Rede

an die Oeffentlichkeit, so freiheitlich sie war, scheute man. Präsident Wilson sollte gerade jetzt keinerlei Handhabe zu Interpretationen erhalten. Aber wenn die Volksminister den Eindruck hatten, daß sie mit Kaiser Wilhelm wirklich arbeiten konnten, war der Bestand des Throns auch im Volke selbst gestärkt.

Auch war für den Kanzler die Wirkung nach innen wichtiger als nach außen. Prinz Max von Baden kannte die lenkbare Art des Kaisers genau, wenn man nur seine Phantasie für einen großen Gegenstand oder ein großes Wollen zu entzünden wußte. Vielleicht dachte er, der die Versöhnung der Häuser Hohenzollern und Hannover durch die Ehe des jungen Herzogs von Braunschweig zustande gebracht hatte, auch an Sympathien für sich bei Kaiser Wilhelm. Er hoffte auf wahre Reformen für das deutsche Volk. Aber noch hoffte er, sie mit dem Kaiser anzubahnen und auszugestalten. Noch konnte ein solches Ziel mit der deutschen Sozialdemokratie erreicht werden. Noch hoffte er auf eine Aussöhnung von Kaiser und Volk, das ein verhaßt gewordenes System ehrlich von Wilhelm II. geändert sehen sollte.

Im Anfang der dritten Oktoberwoche sah der Reichskanzler Prinz Max darum keinen drängenden Anlaß, in der so überraschend vom Gegner angeklungenen Kaiserfrage andere als die ihm selbstverständlichen Schritte zu tun, um inmitten völlig geänderter Verhältnisse die Stellung des Kaisers nur zu stützen. Den Kanzler warf am Tage nach dem Empfange von Bellevue die Grippe auf das Krankenlager, eine tückische, noch unerforschte Krankheit, die seit zwei Kriegsjahren über die gequälte Erde ging. Sie traf ihn um so heftiger, als er in noch nicht dreiwöchentlicher Kanzlerschaft vor einem Uebermaß von Arbeit sich fast aufgerieben hatte. Das „engere

Kriegskabinett“ tagte in seinen Sitzungen eigentlich ohne Unterbrechung. Kanzler und Vizekanzler, die Staatssekretäre des Äußeren und des Innern, die parlamentarischen Minister, ebenso der Staatssekretär des Reichsschatzamtes nahmen an ihnen teil. Endlich mußte der Kanzler, der im Reichskanzlerpalais von morgens acht Uhr bis abends gegen die neunte Stunde arbeitete, um dann noch bis spät nachts über hundert Erledigungen und Studien zu sitzen, den Zusammenkünften des Kabinetts zum Teil fernbleiben, denn er hatte seine Zeit noch in die Empfänge von Ressortchefs und Kabinettschefs und neutralen Diplomaten zu verteilen. Geruhsamkeit und Regelmaß der „Bismarckschen Verfassung“, die noch unter der Kanzlerschaft Bethmann-Hollwigs unberührte Hausordnung im Palais der Wilhelmstraße gewesen war, waren längst verflogen zur Zeit der Herrschaft des Prinzen Max, der zwischen überstürzenden Ereignissen, ständig herabblätternden Akten und Depeschen episodisch mit Koch und Adjutanten hauste. Schließlich machte Prädisposition den Angriff der Krankheit leicht. Wilsons Antwortnote vom 23. Oktober studierte der Kanzler im Fieber. Es hieß darin:

„So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Äußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigung erzielt worden ist, dauernd sein werden.“

Und am Schlusse:

„Wenn mit den militärischen Beherrschern und mon-

archischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.“

Jetzt ließ sich — das sah auch der kranke Kanzler — zweierlei Tatsache kaum mehr übersehen: Präsident Wilson faßte, da die offensichtliche militärische Hoffnungslosigkeit auf deutscher Seite einmal ausgesprochen war, die Selbständigkeit der Völker, von der die „14 Punkte“ gesprochen hatten, zunächst so auf, daß ihm die Mündigkeitsproklamierung des deutschen Volkes nicht genügte, sondern daß er unmittelbare Eingriffe in seine Verfassung versuchte. Sie sollte nicht so sein, wie das deutsche Volk sie wünschte, sondern eine Form annehmen, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten genehm wäre. Und zweitens war klar, daß der Präsident den Kampf gegen den deutschen Kaiser jetzt unverhüllt und persönlich aufnahm.

Niemand konnte darüber mehr im Zweifel sein. Weder in Deutschland, noch im Auslande. Der kaiserliche Gesandte Treutler depeschierte aus München am 25. Oktober:

„Ich erfülle eine schwere Pflicht, wenn ich Eurer Großherzoglichen Hoheit melde, daß hier in Bayern von berufener Seite die gestern Abend bekannt gewordene Antwort Wilsons so gedeutet wird, daß sie sich in ihrem letzten Abschnitt direkt gegen die Person unseres Kaisers kehrt. Der Ministerpräsident und der Kriegsminister sind der Ansicht, der Wortlaut der Note lasse andere Deutung nicht zu; durch die verhüllte Ausdrucksweise solle lediglich Gelegenheit gegeben werden, den schmerzlichen Schritt freiwillig zu tun. In jedem Falle treten die Ge-

nannten dafür ein, daß Seiner Majestät offen dargelegt werden müsse, daß die Feinde keinen annehmbaren Frieden bewilligen würden, wenn das große Opfer nicht gebracht würde" — —

Und aus Bern übermittelte der kaiserliche Gesandte Romberg am gleichen Tage eine Depesche des Fürsten Hohenlohe-Langenburg an den Kanzler. Sie begann:

„Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich eben, daß der Schluß der heutigen Wilson-Note, als einziger Weg zu einem einigermaßen erträglichen Frieden, kaum anders als über die Abdankung des Kaisers führe.“ — —

Alle Nachrichten aus der Schweiz, die sich aus einer Fülle amerikanischer Auffassungen zu einem klaren, einheitlichen Mosaik verdichteten, trugen seit dem 25. Oktober gleiche Forderungen nach Berlin. Ueber die Frage der Abdankung Kaiser Wilhelms war jetzt nicht mehr hinwegzukommen. Ob man nun fand, daß Wilson die von ihm selbst proklamierten Grundlagen verschob und sich von sich selbst loszusagen begann oder nicht. Die Ausstrahlung von Wilsons letzter Note duldet die Nichtbeachtung des Problems nicht mehr.

Der Kanzler lag in schweren Depressionen. Er hatte im Reichstage gesprochen, dann war er vom Fieber niedergeworfen worden. Was er selbst bisher in Worte nicht gekleidet hatte, war ihm im Reichstag von den Führern der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ ohne Verschleierung entgegengehallt: die Abdankungsforderung. So stark war die Wirkung der Präsidentennote und ihre Deutung, daß nicht nur „unabhängige Sozialdemokraten“, daß auch Männer konservativer Weltanschauung im Thronverzicht Rettung und Lösung sahen. Was so rings von allen Seiten auf den Prinzen eindrang, wurde endlich auch ihm die unabweisliche Not der Stunde. Nicht einmal

so sehr Wilsons wegen. Der Präsident stand im Kampfe mit den Chauvinisten seines Landes, der noch nicht einmal entschieden war. Vielleicht wollte der Präsident — trotz anderer Meinungen, wie sie aus der Münchener und Berner Depesche klangen — zuletzt doch nicht unbedingt die Person des Kaisers oder das Kaiserstum geopfert. Vielleicht genügte ihm auch noch die letzte Verfassungsänderung, mit der man dem „monarchischen Autokraten“ die Gewalt über das Instrument nahm, mit dem man Kriege zu führen vermochte. Es konnte ja sein, daß er sich endlich genug getan sah, wenn ein weiteres Gesetz die Militärgewalt der Zivilgewalt unterordnete. Aber vor allem sah ein großer Teil des deutschen Volkes, hingelenkt durch Wilsons Fechtart, den deutschen Kaiser als das Friedenshindernis. Wurden die Waffenstillstandsbedingungen schwer, woran kaum zu zweifeln war, so machte das ganze Volk Kaiser Wilhelm dafür verantwortlich, weil er blieb. Es kam hinzu, daß die letzte Verteidigung, ein letztes Aufrufen des Volkes im Ausgang fraglich war. Denn abgesehen von den ungewissen Verhältnissen an der Front, über die man bisher nur die Auskünfte des Generals Ludendorff hatte: die Ereignisse in Oesterreich-Ungarn entwickelten sich mit schlimmer Eile. Nunmehr hielt der Kanzler über die Kaiserfrage doch mit seinen engsten Mitarbeitern Rat. Sie standen schon wieder mit ihren Vorträgen am Krankenbett.

„Wenn das Volk aufgerufen wird,“ erklärte einer der Staatssekretäre, „darf der Aufruf nicht vom Kaiser unterzeichnet sein.“

Und einer der Minister war der Meinung:

„Wenn Kaiser und Kronprinz abdanken, sind jetzt die Sozialdemokraten noch zufrieden. Sonst haben wir die Republik.“

Auch der Kanzler war der Auffassung, daß das Volk

erst recht nicht, um den Kaiser zu retten, aufgerufen werden konnte. Daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen eine Lösung waren, daß sie unaufhaltsam herannahen, daß die Gründe für sie noch mehr im deutschen Volke, als bei Wilson lagen, wurde jetzt des Kanzlers immer tiefere Ueberzeugung. Aber der Fürst in ihm wollte wenigstens den Gedanken der Monarchie retten. Wenn Kaiser und Kronprinz so lange zögerten, bis sie im wahrscheinlich bösen Fortgang der Ereignisse oder unterm Drucke Wilsons das erbitterte Volk förmlich absetzte, so war die Monarchie um der persönlichen Opferverweigerung willen verloren. Alle Welt sah dann, wie sehr Träger und Erbe der Krone am Besitz der Macht gehangen hatten. Und daß eine Einrichtung, die dies zuließ, an sich verwerflich war. Verzichteten sie in freiwilligem Opfer rechtzeitig, so war noch die Regentschaft möglich. Der monarchische Gedanke konnte gerettet sein. Nichts konnte Präsident Wilson weiter fordern. Auch die Waffenstillstandsbedingungen mußten milder werden, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten es ehrlich meinte. Der Kanzler glaubte nicht an Wilsons Ehrlichkeit. Lenkte der Präsident auch nach einer Thronentsagung nicht ein, so mußte man sein wahres Gesicht erkennen. Dann konnte der Kanzler das Volk zur letzten Gegenwehr aufbieten. Dann konnte er, nur dann, nicht wie General Ludendorff es jetzt wollte, die Verhandlungen abbrechen. Dann stand das ganze deutsche Volk auf in der Erkenntnis, daß es gar nicht um die Person des Kaisers, gar nicht um ihn als Friedenhindernis, vielmehr um seine eigenen nackten Lebensmöglichkeiten ging. Der Prinz wollte zeigen, wie Woodrow Wilsons Antlitz nach seiner Ueberzeugung in Wahrheit aussah. Doch vermochte er dies nur in einem einzigen Fall: wenn Kaiser Wilhelm verzichtet hatte.

Nur der freiwillige Verzicht des Kaisers hatte im Gedankengange des Prinzen Max erstrebenswerten Sinn: der Entschluß des Kaisers aus sich selbst heraus. Die erste selbstgewünschte Mission seiner Kanzlerschaft — die Versöhnung des Kaisers mit dem deutschen Volke — sah Prinz Max gescheitert. Jetzt dachte er sich einen Akt des Verzichts als beruhigende, im Ausland klärende, im Innern rettende Tat, die nicht die monarchische Ueberlieferung tötete. Die Freiwilligkeit hätte es dem Kanzler ermöglicht, den Scheidenden mit der ganzen Glorie seines Opfers zu umgeben. Nötigung aber verdarb alles. Nicht bloß aus Takt hatte er im Kabinett über die Frage nicht gesprochen: keinerlei Einfluß hatte er nehmen, nicht einmal den Anschein einer Einflußnahme erwecken wollen. Allerdings glaubte er, daß die freie, kaiserliche Entschließung, wenn sie wirksamen Erfolg noch haben sollte, nunmehr ohne Zögern kommen mußte.

Der Kaiser hielt sich in Potsdam auf. Aber der unmittelbare Gedankenaustausch mit ihm, dem militärische Umgebung auch ein nicht gerade begeistertes Bild des liberalen, unpreußischen Kanzlers entworfen haben mochte, war nicht nur durch solche Hindernisse schwierig. Jetzt lag der Kanzler überdies krank. Probleme der durchdachten Art ließen sich nicht durch den Fernsprecher aufrollen. Er selbst hätte die Aufklärung auch nicht zu geben vermocht, selbst wenn sein Zustand ihm die Fahrt zum Kaiser gestattet hätte. Anderes mußte versucht werden. Und Feinfühliges. Nahestehende aus seinem Kreis, womöglich Fürsten wie der Kaiser selbst, mußten mit dem Kaiser sprechen, ihn vorbereiten, bis daß er selbst zu bitterem, doch unerlässlichem Schluße käme. Mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus des Kaisers Umgebung sprach darüber der Kanzler selbst. Und eine fürstliche Persönlichkeit wurde ins Vertrauen gezogen. Sie alle

sagten die Erfüllung des heiklen Auftrages zu. Mehr konnte im Augenblick nicht geschehen.

Uebrigens mußte die Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten beantwortet werden.

Der Erste Generalquartiermeister hatte sich in Berlin schon wieder eingefunden. Diesmal ohne Ruf von Kanzler und Regierung. Und er hatte sich, was die „Oberste Heeresleitung“ betraf, für den Abbruch der Verhandlungen mit Wilson entschieden: den Vizekanzler forderte er auf, durch eine Proklamation das deutsche Volk nun endlich doch aufzurufen. Seine von der Regierung abweichende Auffassung und die Wünsche seiner Politik vertrat der Erste Generalquartiermeister noch gegenüber einer Reihe von Politikern. Aber der Vizekanzler hielt ihm vor allem Bedrohlichkeit und Einwirkung der österreichisch-ungarischen Situation entgegen. Der Erste Generalquartiermeister überging den Einwand und blieb bei seiner Auffassung. Für ein Experiment, dessen militärische Verantwortung jetzt nicht auch noch andere trugen, als der Erste Generalquartiermeister, für ein Experiment ins völlig Ungewisse, war die Regierung nicht mehr zu gewinnen. Ganz abgesehen davon, daß sie die innerpolitischen Erwägungen des Kanzlers als entscheidend ansah: vor dem Volke waren die Verhandlungen mit Wilson wegen der Kaiserfrage keinesfalls mehr abzubrechen.

In Eile ging dem Reichstag der Gesetzentwurf zu, der die Schaffung eines Reichskriegsamtes vorsah. Ihm, dem ein parlamentarischer Staatssekretär vorzustehen hätte, sollten in Zukunft die militärischen Gewalten Deutschlands unterstehen. Kein Offizier, kein Beamter in Heer und Marine sollte fortan ernannt, befördert, verabschiedet werden ohne die Gegenzeichnung des Kriegsministers. Man mußte abwarten, was Präsident Wilson darauf zu antworten hätte. Vielleicht erkannte inzwischen auch der

Kaiser das nötig gewordene Opfer an: und brachte es. Der Volksaufruf konnte wirklich nur die Ultima ratio sein. Im Hinblick auf die neuerliche Änderung der deutschen Verfassung wurde die vierte deutsche Note ausgearbeitet.

Die Führer der „Obersten Heeresleitung“ hatten ihre Ueberzeugung, daß sie die Forderungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten ablehnten und den letzten Kampf wollten, nicht nur dem Vizekanzler ausgedrückt. Der Reichskanzlei war am 25. Oktober die Meldung zugegangen:

„In der heutigen Pressekonferenz verlas der Chef des Kriegspresseamts im Auftrage der Obersten Heeresleitung zwei Telegramme des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur vertraulichen Kenntnis und zur Verbreitung durch die Mundpropaganda, nicht aber durch die Presse.

Das erste dieser Telegramme war gerichtet an den Herrn Reichskanzler und legte Verwahrung ein gegen Gerüchte, die dahin gingen, der Generalfeldmarschall habe seinerzeit ein sofortiges Friedensangebot verlangt und darauf hingewiesen, es handele sich um eine Sache von Stunden.

Das zweite Telegramm war an die kommandierenden Generäle gerichtet und brachte zunächst eine kurze Analyse der Wilsonschen Waffenstillstandsbedingungen. Dann folgte die Erklärung, diese seien für das Militär unannehmbar. Es bliebe daher nichts übrig, als Kampf bis zum Aeußersten.

gez. von Schmidthals.“

Und der Kaiserliche Legationsrat Lersner hatte gemeldet:

„Großes Hauptquartier, 26. Oktober 1918.

Feldmarschall von Hindenburg soll vorgestern abend Erlaß an die Armeen herausgegeben haben, in dem er

die letzte Wilson-Note als Deutschlands unwürdig bezeichnet und Kampf bis zum Ende befiehlt.

Heeresgruppe Gallwitz hat ihre schweren Bedenken gegen den Inhalt geäußert. Der Feldmarschall hat dann den Erlaß gestern Abend wieder zurückgezogen. Bei einer Armee soll er aber bereits bis zu den Bataillonsstäben gelangt sein.“

Die erste Depesche des Generalfeldmarschalls mochte ein plötzliches Versagen der Erinnerung sein. Vielleicht hatte er sein Telegramm an den Vizekanzler vom 1. Oktober, 1 Uhr 30 nachmittags, die dringende Depesche über die sofortige Herausgabe der Waffenstillstandsbitte, nach Form und Inhalt nicht im Gedächtnis. Vielleicht diktierte jetzt das Telegramm, das nicht schriftlich durch die Zeitungen, sondern nur beiläufig von Mund zu Mund verbreitet werden sollte, auch gewisse Sorge um Verantwortung und Schuld. Ueber die erste der verlesenen Depeschen konnte der Kanzler, wenn er wollte, zur Tagesordnung übergehen. Ueber die zweite Depesche nicht.

Zwar führte sie der Erste Generalquartiermeister jetzt auf ein Mißverständnis zurück. In der Tendenz des Schriftstücks hätte er sich einen Augenblick einig glauben können mit den Auffassungen der Regierung. Im gleichen Augenblick, da das Mißverständnis sichtbar wurde, sei der Befehl an die Truppen auch schon angehalten worden. Aber wie der Erste Generalquartiermeister auch den Hergang zu erklären suchte, so viel stand fest: die „Oberste Heeresleitung“ sprach immer noch eine Tonart eigener Politik, die die deutsche Verfassung keinesfalls mehr zuließ. Und auch dies war klar: vom Eintreten des Mißverständnisses bis zum Augenblick der Aufklärung war doch so viel Zeit verstrichen, daß ein Funker aus Kowno der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“, der er zugehörte, das Schriftstück in den Reichs-

tag übermitteln konnte. Es ging jetzt nicht nur um die Schwierigkeit, daß der Erste Generalquartiermeister nichts vom Anhören anderer Generale hören wollte. Auch darum nicht, daß Regierung und Heeresleitung über die Schritte anderer Meinung waren, die zu Deutschlands Rettung jetzt zu geschehen hätten. Die Macht der neuen Volksregierung, kaum aufgerichtet, war kompromittiert. Der Eindruck mußte bestehen, daß immer noch die Generale von der Uebung nicht lassen wollten, in der Hauptstadt auch ohne Ruf der Regierung jäh mit politischem Machtspruch zu erscheinen. Sie hatten mit solchen Reisen zuletzt namentlich dann überrascht, wenn es galt, Kanzler zu stürzen. Der Eindruck mußte bestehen, daß immer noch die Generale, indem sie plötzlich wieder nach den Waffen riefen, stärker sein wollten, als die Räte und Entscheider, die das dazu aufgeforderte und ganz erwachte Volk gerufen hatte. Und jetzt stellte der Kanzler die Kabinettsfrage: die Zerrungen, unter denen am Ende Deutschland selbst und als Opfer litt, wurden sonst zahllos. Der Chef des Zivilkabinetts Delbrück brachte das prinzhafte Ultimatum am 25. Oktober nach Potsdam noch nachts um elf Uhr. Ein Abriß des Prinzen über die politische Einflußnahme des Generalquartiermeisters in all den Kriegsjahren und über ihre Wirkung lag bei. Und noch ein anderes Schriftstück hatte am gleichen Tage nach hartem Entschluß der Prinz dem Kaiser nach Potsdam geschickt — kommentarlos: die Berner Depesche des Fürsten Hohenlohe-Langenburg — —

Die Schwere des Konflikts, den die „Oberste Heeresleitung“ heraufbeschworen hatte, spürte der Erste Generalquartiermeister offenbar selbst. Er hatte am Morgen des 26. Oktobers sein Abschiedsgesuch an den Kaiser geschrieben und — es wieder fortgelegt. Der Generalfeldmarschall hatte ihn von der Absicht des Rücktritts ab-

gebracht. Es war am gleichen Morgen, daß ihn und den Generalfeldmarschall der Kaiser zu militärischem Vortrag rief. Es kam bei einer gleichgültigen militärischen Einzelheit dazu, daß der Kaiser in betonter, fast erregter Art andere Meinung äußerte, als der Erste Generalquartiermeister, daß General Ludendorff aufbrauste und in verbitterter Kränkung auf die Schwäche der Regierung und die durch sie geschaffene Situation zu sprechen kam, daß der Kaiser den Generalstab nicht als unschuldig an dieser Situation bezeichnete; daß jetzt der General, vielleicht sogar unüberlegt, das Wort vom Verluste des kaiserlichen Vertrauens sprach und dann in jäher Ueberraschung, vom Schreck durchkältet feststellte, daß der Kaiser ihn sofort entlassen hatte. So war der Anlaß aus plötzlichem Anreiz gegeben und sogar gesucht worden. Aber Grund und Ursache waren doch die schwere Vergangenheit seit dem Tage der Waffenstillstandsnote bis zum letzten Ludendorffschen Armeebefehl gewesen. Den Generalfeldmarschall sollte der Kaiser überhaupt nicht angesprochen haben. Er wünschte, daß er bleibe. Gleichgültig war, daß die Staatssekretäre jetzt von angeblichem kurzen, aber schweren Zerwürfnis des Generalquartiermeisters mit dem Generalfeldmarschall erfuhren. Persönliches versank vor dem Ereignis: General Ludendorff war verabschiedet — —

Die weite Welt hatte ihn, Freund wie Feind, in der Unmöglichkeit, die Zusammenhänge zu überprüfen, Deutschlands größten Feldherrn genannt. Kritiker gab es, die sein politisches Wollen und Tun Unheil nannten. Wissender militärischer, wirklicher Zusammenhänge gab es, die an ihm beklagten, daß er jeweils nur den Schauplatz sah, auf dem er arbeitete ohne Maß. Daß er die italienische Gelegenheit nicht erkannt, sie verabsäumt und die bulgarische Gefahr unterschätzt hätte, der er zu spät begegnen wollte. Daß er in Frankreich die Entscheidung

zersplittert hätte. Und schließlich die Situation über den Dingen verlor — — Niemand konnte ihm leugnen, daß er eine ungeheure Energie aus sich in Deutschlands Körper gegossen hatte. Jedenfalls war er ein Organisator, ein Diktator vorhandener Kräfte gewesen, wie wenige vor ihm.

Die vierte deutsche Note an den Präsidenten Wilson war am Abend des 26. Oktober fertiggestellt. Am gleichen Abend war an den deutschen Kaiser aus Gödöllö von Kaiser Karl von Oesterreich eine inhaltschwere Depesche eingelangt.
